

Rede von FUEN Präsident Hans Heinrich HANSEN bei Session III der OSCE
Supplementary Human Dimension Meeting: *National Minorities in Inter-State relations
and the Bolzano/Bozen Recommendations*, am 29.-30. Oktober 2015, Hofburg, Wien

Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,

ich komme aus einer Region, dem dänisch-deutschen Grenzland, wo die Minderheitensituation fast, wenn man das hier hört was sich gestern und heute hier abspielte, eine Insel der Glückseligkeit ist.

Wir haben eine Region, in der die Minderheiten unter optimalen Bedingungen leben. Es gibt nie eine problemlose Situation, aber wir leben unter optimalen Bedingungen und ich möchte gerne anhand von praktischen Beispielen hier erzählen wie die Situation, wenn es eine solche Minderheitensituation gibt, wie sich das abspielen kann.

Als Voraussetzung glaube ich, die meisten von Ihnen denken, wenn Sie an Dänemark und Deutschland denken, die Situation an der deutsch-dänische Grenze, oder in Dänemark im Speziellen, muss optimal sein, da es sich um eine uralte Demokratie handelt.

Aber ich möchte darauf Aufmerksam machen, dass ich noch zu der Generation gehöre, die im April 1944 in einer von 89 deutschen Privat- und Kommunalschulen eingeschult wurde. Und die am Mai 1945 beim Friedensschluss plötzlich ohne Schule war, weil alle deutschen Schulen geschlossen wurden und eine Großzahl unserer Lehrer außer Landes transportiert wurden. Es befanden sich über 3.000 Angehörige der deutschen Minderheit in Schutzhaft und die Situation war so, dass auf der anderen Seite der Grenze, die 1920 durch eine Volksabstimmung bestimmt wurde, plötzlich die dänische Minderheit um das Zehnfache answoll und es den ganz konkreten Wunsch nach einer Grenzverschiebung nach Süden gab.

Das war die Situation, und es kamen dann, 1955, etwas – und das ist wichtig zu unterstreichen – die Bonn-Kopenhagener Erklärungen. Wir haben jetzt zwei Tage lang über die Kopenhagener Dokumente gesprochen, über die Ljubljana Richtlinien und gerade viel Informatives von Frau Lantscher über die Bozener Empfehlungen gehört. Genau diese Sachen wurden bei uns 1955 eigentlich schon eingeführt, und zwar mit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen. Und die Bonn-Kopenhagener Erklärungen sind eigentlich nicht entstanden weil zwei Staaten ihren Minderheiten etwas Gutes tun wollten, sondern sie sind entstanden weil die Bundesrepublik Deutschland Mitglied der NATO werden sollte. Und da Dänemark bereits Mitglied der NATO war, war es notwendig, dass Dänemark seine Zustimmung zu dieser Mitgliedschaft gab.

Da hat der dänische Außenminister gesagt: Hören Sie mal, wir haben da ein kleines Problem vor unserer Haustür. Wir haben nämlich das Problem, dass die dänische Minderheit in ihrem Einfluss im Kieler Landtag, dem Parlament von Schleswig-Holstein, eingeschränkt werden soll. Dort soll nämlich die Sperrklausel von 5 auf 7,5 % angehoben werden, womit der politische Einfluss der dänischen Minderheit reduziert werden würde.

Und Dänemark bestand darauf, dass dieses Problem gelöst werden musste bevor man die Zustimmung zur Aufnahme Deutschlands in die NATO geben würde. Das führte zu den sogenannten Bonn-Kopenhagener Erklärungen. Das sind keine Verträge weil Dänemark, mit den Erfahrungen, die es durch die Besatzung im Zweiten Weltkrieg gemacht, hatte keinen Vertrag mit Deutschland abschließen wollte. Dänemark wollte also keine Verträge, aber man hat gleichlautende Erklärungen vor dem deutschen Bundestag und dem dänischen Parlament abgegeben und damit dann die Bonn-Kopenhagener-Erklärungen besiegelt.

Was sagten diese Erklärungen aus? Erstens, was sehr wichtig war: nach diesen Erklärungen ist die Angehörigkeit zu einer Minderheit eine freie Entscheidung, die nicht von offizieller amtlicher Seite nachgeprüft werden kann.

Das zweite, und man wundert sich darüber eigentlich, dass die Finanzierung der Minderheiten beiderseits der Grenze dem jeweiligen Kinstate zustand, also, jeder Staat konnte bestimmen, wie viel Geld er seiner Minderheit zur Verfügung stellen wollte.

Und das Dritte, was wichtig war: man gab beiden Minderheiten das Recht auf Examen, also das Examenrecht ein Abschluss machen zu können.

Dies bedeutete sozusagen, dass beide Minderheiten eine kulturelle Autonomie bekamen, eine Gleichberechtigung die bedeutete, dass wir als deutsche Minderheit in Dänemark vom Kindergarten bis zum Abitur in deutschen Schulen Unterricht bekamen. Die Dänen südlich der Grenze erhielten Dänisch Unterricht und man schloss, wenn man Abitur machen wollte, ein dänisches und ein deutsches Abitur ab. Das heißt, die Forderungen von Dänemark für ein Abitur müssen erfüllt sein genauso wie die Forderungen Deutschlands für ein Abitur auf deutsche Seite erfüllt sein mussten. Das war sozusagen der Schritt zur Gleichberechtigung der Minderheiten in den beiden Staaten.

Es hat von 1955 an lange gedauert, bis man einen Status der Gleichwertigkeit erreicht hatte, und das möchte ich unterstreichen. Es ist für mich sehr wichtig, dass man einmal die Gleichberechtigung hat, die gesetzmäßig festgelegt wird, andererseits ist die Gleichwertigkeit als Bürger eines Landes als vollwertig anerkannt zu werden, ein ganz wichtiger und essentieller Schritt.

Es hat bis zum Ende der Siebziger und Anfang der Achtziger Jahre, zumindest bei uns in Dänemark, eine ganz deutliche Stigmatisierung der Minderheit gegeben. Das heißt,

wenn man so aus der Stadt zog und in die sogenannte Provinz kam, dann wusste man genau oder man bekam zu wissen, welche Geschäfte einen deutschen Besitzer hatten und da würde man dann nicht kaufen.

Man wundert sich, aber das ist tatsächlich der Fall gewesen. Und 1995 hat dann ein sehr mutiger Regionschef der Region Sønderjylland-Schleswig, zusammen mit einer Museumsinspektorin, Leiterin des Museums in Sønderborg, den Mut gehabt zur 75-Jahr Feier der Wiedervereinigung, wie die Dänen es nennen, also der Grenzverschiebung um 1920, den Vorsitzenden der deutschen Minderheit eingeladen um zu sprechen. Dort – auf einem der nationalsten Feste auf dem nationalsten Platz den Dänemark überhaupt zu bieten, nämlich den Düppeler Schanzen. Einige von Ihnen wissen wohl ,dass hier im 19. Jahrhundert wohl eine der blutigsten Schlachten stattfand, die es je gegeben hat.

Ich erwähne das, weil dies ein Akt der Aufwertung gewesen ist, der in der Öffentlichkeit sehr, sehr viel Hetze und sehr negative Ausschreitungen, sehr vielen Aussprachen im Fernsehen und sehr vielen Disputs in den öffentlichen Medien hervorgerufen hat. Aber die Einladenden haben daran festgehalten und haben es ermöglicht, dass der Vorsitzende der deutschen Minderheit vor einer 20.000 Menschen-großen Versammlung seine Rede halten konnte und damit war sozusagen der Schritt zu Gleichberechtigung getan.

Das hat dazu geführt, dass wir im deutsch-dänischen Grenzland eine Zusammenarbeit zwischen den Minderheiten, die vor Ort leben, haben. Es leben an der deutsch-dänischen Grenze vier Minderheiten: die dänische, wir haben die deutsche Minderheit, wir haben die zwei non-Kinstate Minderheiten, nämlich die Roma und wir haben die Friesen. Diese vier Minderheiten sitzen seit 2006 zusammen in dem sogenannten Dialogforum Norden, und ich freue mich ganz besonders, dass unsere Minderheitenbeauftragte heute anwesend ist. Das ist auch ein positiver Aspekt der Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland, nämlich dass wir in der Regierung in Schleswig-Holstein eine Minderheitenbeauftragte haben und diesen Posten gibt es schon seit 27 Jahren und heute ist das Renate Schnack, die auch diejenige gewesen ist, die das Dialogforum Norden in die Welt gesetzt hat, wo wir uns dreimal pro Jahr treffen, das heißt alle Minderheiten sitzen an einem Tisch und besprechen die Probleme, die wir haben, gemeinsam.

Und ich kann Ihnen sagen, dass das dazu geführt hat glaube ich, oder ein wesentlicher Push gewesen ist, dass die Roma, die lange Zeit nicht in der Schleswig-Holsteinischen Verfassung schutzwertig anerkannt waren, dass sie vor drei Jahren auch in der Schleswig-Holsteinischen Verfassung aufgenommen wurden. Ich glaube, dass wir mit den Roma zusammen so viele Jahre zusammen gearbeitet haben, war der entscheidende Schritt, um diese Anerkennung der Roma zu erreichen.

Ich möchte jetzt ein Beispiel dafür nennen, was ich unter einem Dialog auf Augenhöhe verstehe: ich meine, das große Dilemma aller Minderheiten ist einmal, dass die Minderheiten zu dem bestgehüteten Geheimnis Europas gehören und zweitens, dass die Minderheiten selten zu einem Dialog auf Augenhöhe aufgefordert werden; man spricht über die Minderheiten, wie wir es auch hier tun, aber man diskutiert selten mit ihnen, um zu hören welche Probleme für sie akut sind und auf welche Art und Weise diese Probleme zu lösen sind.

Nun ein Beispiel, um mal zu zeigen was wir unter einem Dialog auf Augenhöhe verstehen: 2005 gab es das 50. Jubiläum der Bonn-Kopenhagener Erklärungen. Ich war eingeladen, um die Festlichkeiten zu besprechen und ich hatte auch die vierzig Jahr Feier mitgemacht, die in Schleswig stattfand, und die fand folgendermaßen statt: die Minderheiten waren alle vertreten, die Presse war da, der deutsche Außenminister, der dänische Außenminister und die Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein. Die Ministerpräsidentin begrüßte, der deutsche Außenminister sprach, der dänische Außenminister sprach, dann kam eine Pause, darauf verließen alle Honoratioren inklusive der Journalisten den Raum und die Minderheiten konnten sich gegenseitig erzählen, was die Errungenschaften waren, die man damals mit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen erreicht hat.

Also wie gesagt, ich wurde eingeladen, um das nächste Jubiläum zu feiern, und ich habe klipp und klar gesagt, dass wenn es so läuft wie beim letzten Mal nehmen wir nicht teil. Warum? Ich möchte, dass die Herren Staatsminister bzw. der Bundeskanzler erfährt, worum es sich dreht, wenn Minderheiten reden und vor allem auch, dass die Presse das hört. Und es wurde so, dass zuerst die Minderheiten geredet haben und dann die Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein, dann der dänische Staatsminister und als letzter der Bundeskanzler. Die gesamte Presse war bis zum letzten Augenblick da. Das ist Augenhöhe.

Dann wollte ich noch kurz etwas über die politische Partizipation sagen, weil die auch in den Bozener Empfehlungen angesprochen wird. 2002 oder 2003 kam das Gerücht auf, dass Dänemark die Anzahl seiner Gemeinden, seiner Kommunen reduzieren wollte, und zwar in ganz erheblichem Maße. Nun weiß jeder, dass im dem Augenblick, in dem man eine Kommune vergrößert, die Chance für Minderheiten vertreten zu sein reduziert wird.

Wir haben das aufgegriffen und eine Diskussion mit der dänischen Regierung gehabt und wir haben folgendes erreicht: in unserem Siedlungsgebiet wurden 23 Kommunen reduziert auf 4. Wir haben der dänischen Regierung den Vorschlag gemacht, dass man auch in den Stadtrat kommen kann, wenn man nur 25 % des geringsten Mandates erreicht. Und wir haben erreicht, dass jede Gemeinde eigenständig über die Anzahl der

Mandate – zwischen 19 und 31 Mandate waren vorgesetzt worden – entscheiden kann. Und wir haben erreicht, dass in sämtlichen unserer vier Kommunen 31 Mandate bestehen und wir somit auch unsere Chancen erhöht haben. Gleichzeitig aber hat die 25 % des geringsten Mandates bedeutet, dass wir in allen Kommunen vertreten sind.

Warum ist das wichtig? Ich weiß ja, dass in den Bolzano/Bozen Empfehlungen steht, dass die politische Partizipation wichtig ist, andererseits eben auch eigene Parteien nicht unbedingt befürwortet werden. Ich meine, dass die politische Partizipation von größter Wichtigkeit ist. Denn Kultur, meine Damen und Herren, gibt es nicht ohne Politik und es ist wichtig, dass Minderheiten nicht in einer Bittsteller-Rolle sind, sondern, dass sie auch über ihre kulturelle Situation verhandeln können.

Ich werde es jetzt kurz machen. Ich glaube, ich habe Ihnen etwas nahliegen können über die Situation im deutsch-dänischen Grenzland und ich glaube dies ist alles in Übereinstimmung mit den Bozener Empfehlungen. Ich mache darauf aufmerksam, dass wir eine ganz entscheidende Rolle, die auch unterstrichen worden ist, als Brückenbauer gehabt haben; ich bin nach wie vor der Meinung, dass die Minderheiten in Europa als Brückenbauer zwischen den Nationen ganz wichtig sind und ich bin auch der Meinung, dass wenn Europa überhaupt zusammen wachsen soll, ich finde es ist schwierig in der Situation, in der wir im Moment sind, überhaupt an so etwas zu glauben, aber wenn Europa zusammenwachsen soll, wird es nur von den Grenzen zusammenwachsen.

Ich möchte abschließen mit ein Wort, das der ehemalige Bundespräsident Weizsäcker mal gesagt hat: *„Wir müssen lernen, die Angst für die Verschiedenheit zu überwinden und wir müssen lernen die andere Seite zu respektieren.“*

Vielen Dank